Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.– Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2915
Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3990.

Nr. 287 | Freitag, den 9. Dezember 1921 | 12. Jahrgang

Neuer polnischer Vorstoß auf den Freistaat!

Der Oberkommissar lehnt neue Sonderrechte Polens ab.

Oberkommissar Haking ist von den Regierungen Polens und Danzigs ersucht worden gemäß Artikel 39 der polnisch-Danziger Konvention eine Entscheidung über die folgenden Fragen zu fällen bezüglich derer die beiden Regierungen sich nicht einigen konnten:

1. Die rechtliche Stellung des Eigentums des polnischen Fiskus, das im Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegen ist.
2. Die rechtliche Stellung der polnischen Behörden, Dienststellen und Beamten.
3. Die rechtliche Stellung der polnischen Schiffe.

Der hauptsächlich strittige Punkt ist der, daß Polen gemäß dem Vertrag von Versailles und der Konvention vom 9. November 1920 gewisse Rechte der Exterritorialität für polnisches Eigentum, polnisches Personal und polnische Schiffe im Gebiet der Freien Stadt Danzig verlangt. Die Danziger Regierung widerspricht diesen Ansprüchen mit der Begründung, daß solche Rechte keine Stütze im Vertrage von Versailles oder im Abkommen vom 9. November 1920 finden, daß sie, wenn sie zugestanden wurden, Polen Rechte auf freien Zutritt zum Meere in keiner Weise verbessern würden, daß sie unvereinbar sind mit der Unabhängigkeit der Freien Stadt Danzig und daß sie die Errichtung eines Staates im Staate bedeuten würden.

Polen verlangt im Verfolg obiger Punkte nämlich:

1. Daß sein Recht, Eigentum jeder Art zu kaufen, zu verkaufen oder zu besitzen, in keiner Weise seitens der Regierung der Freien Stadt weder in der Form der Enteignung, des Rückkaufs oder Vorkaufsrechts beschränkt sein darf.

2. Daß alle Verordnungen der polnischen Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit ebenso wie diejenigen der Behörden der Freien Stadt zu beachten sind, d. h. sie müssen für die Bürger, für die Behörden und für die Gerichte der Freien Stadt bindend sein.

3. Daß die polnische Regierung verantwortlich ist für alle Uebertretungen und mit gewissen Ausnahmen für alle Vergehen seitens ihrer Beamten und Angestellten, und daß die Danziger Regierung keine Befugnisse ihnen gegenüber hat.

4. Daß die rechtliche Stellung des Hafenausschusses in Danzig ähnlich derjenigen sein soll, die er einnehmen würde, wenn er sich auf polnischem Gebiete befände.

In einer 12 Seiten umfassenden Entscheidungsschrift setzt sich Oberkommissar Haking sehr ausführlich mit diesen Forderungen Polens auseinander. Er kommt unter Anführung interessanter Einzelheiten — die wir leider heute nicht mehr wiedergeben können, da uns die Abschrift erst bei Redaktionsschluß zugeht — zu dem Schluß, daß der Grund, aus dem die Versuche, ein besonderes Abkommen zwischen Polen und der Freien Stadt zu schaffen, um diese Frage zu regeln, fehlgeschlagen sind, erstens darin zu suchen sei, daß Polen **Danzig Bedingungen aufzwingen will**, die es nicht annehmen kann, und die, wie nachgewiesen, durch den Vertrag von Versailles und die Konvention vom 9. November 1920 nicht genügend gestützt werden können. Der Oberkommissar sagt noch weiter: **Es scheint mir, daß wenn die Rechte, die jetzt durch Polen verlangt werden, in vollem Umfange angenommen würden, mit ihren vollen und mit all ihren Folgen, daß Danzig dann nicht mehr eine Freie Stadt genannt werden kann.** Weiter würden das Durcheinander, das im Gebiet der Freien Stadt entstehen würde, die dauernden Reibungen von höheren und niederen Beamten, die durch eine so große Anzahl polnischer Beamter mit Exterritorialitätsrechten im Gebiet der Freien Stadt Danzig geschaffene Abneigung, der Argwohn, der zwischen den beiden Staaten bezügl. der Behandlung dieser Beamten bestehen würde usw., nur zu endlosen Streitigkeiten führen und dies alles würde für Polen ebenso unangenehm sein wie für Danzig.

Die Entscheidung des Oberkommissars geht dahin:

1. Daß der Hafenausschuß seine vollen Verwaltungsrechte und seine Zuständigkeit, wie sie in der Konvention vom 9. November 1920 niedergelegt ist, behalten muß. Daß polnische Schiffe, die Danzigs Hafen oder Wasserwege benutzen, den Verwaltungsmaßnahmen des Hafenausschusses unterliegen, ebenso wie den Danziger Gerichten und Behörden, in derselben Weise, wie alle anderen Danziger oder fremden Schiffe, die diese Gewässer benutzen.

2. Daß polnisches Eigentum, welches im Gebiet der Freien Stadt Danzig belegen ist, so zu behandeln ist, wie das in Ziffer 2 der Entscheidung vom 9. November 1920 bezüglich des Eisenbahneigentums festgesetzt ist; die Einzelheiten sind zwischen den beiden Regierungen ebenso festzulegen, wie dies mit jenem geschehen ist, ausgenommen ist, daß polnische Schiffe, nicht von Hafenabgaben frei sind, ebensowenig von irgendwelchen Gebühren oder von der Beachtung der durch den Hafenausschuß erlassenen Anordnungen.

3. Daß alle Personen polnischer [illegible]angehörigkeit, die in das Gebiet der Freien Stadt Danzig oder in ihre Hoheitsgewässer kommen und die bereits durch Art. 33 der polnisch Danziger Konvention vom 9. November 1920 geschützt sind, **den Gesetzen und der Rechtsprechung unterworfen sein sollen**, ausgenommen den diplomatischen Vertreter, von dem Art. 1 der Konvention handelt, und daß sie ferner allen Uebereinkommen unterworfen sein sollen, zu denen die beiden Regierungen gemäß Ziffer 1, unten, gelangen.

4. Daß nach Maßgabe dieser Entscheidung die Bestimmungen des Art. 35 durch Verhandlung zwischen den beiden Staaten sobald als möglich zur Durchführung gelangen sollen und daß nichts aus dieser Entscheidung die Danziger Regierung davon abhalten soll, in freigebigem Sinne irgendwelche rechtlichen Ausnahmen oder Sonderrechte zu gewähren, die von Polen bezüglich polnischer Gebäude, polnischen Eigentums oder polnischer Einwohner im Gebiet der Freien Stadt Danzig verlangt werden. Vorausgesetzt immer, daß solche **rechtlichen Ausnahmen oder Sonderrechte in keiner Weise die Rechte des Hafenausschusses einschränken oder beeinträchtigen.**

Französisch-englische Verständigung in der Reparationsfrage.

Verbindung von Anleihe und Moratorium.

Paris, 8. Dez. „Journal des Debats" schreibt, offenbar halbamtlich beeinflußt: Gewissen Gerüchten zufolge, die man für begründet zu halten Anlaß habe, hätten heute wichtige Unterredungen zwischen Minister Loucheur und dem englischen Schatzkanzler stattgefunden, um das Terrain vorzubereiten für demnächstige interalliierte Konferenzen, auf denen die Reparationsfrage verhandelt werden solle. Die Londoner Besprechungen dienten dazu, einen Ausweg aus beiden entgegengesetzten Standpunkten zu bewerkstelligen, der denn auch nicht unwahrscheinlich sei. In der Tat wäre es möglich, daß den Finanzkreisen Frankreichs und Englands mit Hilfe verbündeter Operationen eine Kombination des Anleihesystems mit einem kurzen Moratorium gelingen werde, wodurch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöht und dabei gleichwohl die Interessen Frankreichs ebenso gewahrt werden, wie es durch das Zahlungsstatut geschehen wäre.

Der polnisch-russische Wilnastreit.

Der polnische Geschäftsträger in Moskau Knoll hat in einer Antwortnote im Namen seiner Regierung kategorisch gegen die letzte Note Tschitscherins protestiert, die eine unbefugte Einmischung der Sowjetregierung in die mittellitauische Frage darstelle. Eine derartige Einmischung bedeute eine eklatante Verletzung des Rigaer Vertrages, in dessen Artikel 8 Sowjetrußland sich ausdrücklich jeder Parteinahme in der Wilna-Frage zu enthalten verpflichte.

Streikzusammenstöße in Chicago.

Anläßlich eines Streiks der Fleischhacker kam es in Chicago zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei, bei denen die Polizei auf die Streikenden feuerte. Die Menge überwältigte die Polizei. Bei den Zusammenstößen zwischen einer Menge von angeblich 100 000 Menschen und der Polizei wurden neun Personen getötet. Auch in Kansas City und anderen Fleischhandelsmittelpunkten fanden Zusammenstöße statt.

Gestellungsbefehle an Deutsche in Neu-Polen.

Wie den „Deutschen Nachrichten" mitgeteilt wird, erhält neuerdings eine große Anzahl junger deutscher Personen durch die Militärbehörden Gestellungsbefehle, was zur Folge hat, daß diese jungen Leute sich wiederum zur Option verleiten lassen. Zu wiederholten Malen ist darauf hingewiesen worden, daß seitens des polnischen Kriegsministeriums ausdrücklich bestimmt worden ist, daß Optionserklärungen, die unter dem Zwange des Gestellungsbefehls abgegeben werden, keine Gültigkeit haben.

Protest Chinas. Der Generalsekretär der chinesischen Delegation in Washington hat nach Peking telegraphisch seinen Rücktritt als Mitglied der Delegation angezeigt als Protest gegen die negativen Ergebnisse, welche China mit seinen Forderungen bisher erreicht hat.

Die Zeugenvernehmung im Kapp-Prozeß.

Gestern wurde mit der Vernehmung der Zeugen im Kapp-Prozeß begonnen. Der erste Zeuge ist ein früherer Hauptmann Fritz Grabowski. Angehöriger der Kavallerie-Schützendivision und stellvertretender Geschäftsführer der Nationalen Vereinigung. **Zunächst wäscht er die Nationale Vereinigung von der Anklage des Putschismus rein. Die Nationale Vereinigung hatte nur ideale Ziele, sie bestand eigentlich noch gar nicht. Am 10. März sollte Grabowski verhaftet werden, natürlich weiß er nicht warum. Nach seiner Ansicht wollte Ehrhardt nur demonstrieren. Wenn die Regierung dageblieben wäre, wäre gar nichts passiert. Nur weil gar keine Regierung mehr bestand, hätte Ehrhardt mit Lüttwitz eine neue einsetzen müssen.**

Darauf wird eine Aufzeichnung Schnitzlers verlesen, durch die die Dinge doch ein wesentlich anderes Gesicht erhalten. Es ist der Entwurf einer Mitteilung an die Entente, die im Falle des geglückten Putsches ergehen sollte. Sie lautet:

„Wir erstreben keinerlei militärische Ziele, wir erstreben aber die Aufrechterhaltung der Ordnung, Freiheit im Innern und die loyale Durchführung des Versailler Vertrages nach außen. Die neue Regierung wird demnächst eine Erklärung dieser Art abgeben. Ludendorff hat sich sofort bereit erklärt, um alles Vorurteil zu beseitigen, die nötige Zurückhaltung zu bewahren. Seine bekannten Eigenschaften aber, Gradheit, Aufrichtigkeit, Loyalität sind so große Vertrauensmomente, daß wir unmöglich auf sie verzichten können."

In dieser Mitteilung tritt zum ersten Male Ludendorff in den Vordergrund, dessen Vernehmung für heute bevorsteht.

Als nächster Zeuge wird Dr. Frohne (Magdeburg), der von dem verlesenen Schreiben und einem anderen Kenntnis hat, in dem Richtlinien für einen eventuellen Regierungssturz enthalten sind, vernommen. Außerdem ist ein Brief und ein Zettel dieses Herrn beschlagnahmt. In dem Zettel und dem Brief an Schnitzler wird so ziemlich offen über den Putsch, dessen militärische und politische Vorbereitung, über den Obersten Bauer und Ludendorff, General von der Goltz und die Eiserne Division gesprochen. In dem Brief spricht der Zeuge davon, daß er Dienstags immer nach Berlin kommt und sich mit Schnitzler und Bauer treffen will. Weshalb fuhr er regelmäßig nach Berlin? Nicht etwa zu politischen Zwecken, sondern weil er dort einen Patienten hatte, der an chronischer Nierenentzündung litt. Der Zeuge schrieb am 25. Februar nach einer Unterredung mit Oberst Bauer und Dr. Schnitzler an Oberst Bauer, daß man nicht einen Regierungssturz planen solle, sondern eine militärische Demonstration für Neuwahlen veranstalten und die Auslieferung der Kriegsverbrecher verweigern solle. Es fehle aber ein militärischer Führer, da Lüttwitz abgelehnt habe und Kapp nicht der richtige Mann sei. Man solle sich an die rechtsstehenden Zentrumsführer wegen der Demonstration wenden.

Schnitzlers beschlagnahmtes Tagebuch wird dann verlesen. Von **Besprechungen mit Ludendorff, Bauer und Pabst im Juni 1919** ist die Rede. Im August ist er bei Schiele und Herrn von Helmburg. „General Oven ist jetzt auch stramm", heißt es ein anderes Mal in dem Tagebuch. Am 15. September bei Kapp, dann bei Ludendorff. Kapp wird zu Lüttwitz gerufen. Nachmittags bei Schiele, Sache über die **„Diktatur der Mitte"** ausgearbeitet." Nach dem Tagebuch beklagt sich Ludendorff auch darüber, daß Hindenburg so wenig Anteil an dem Putsch hatte, was ihm für das Prestige der Gegenrevolution gefährlich schien. **Weiter befinden** sich im Tagebuch Aufzeichnungen über **die ersten Maßnahmen im Falle eines Putsches.** Weiter wird ein Entwurf vorgelegt, der genaue Angaben über die unmittelbare Inszenierung des Putsches enthält. Kompromittierend sind auch Schieles Schriftstücke. So predigt er in einem Briefe, den er am 16. September 1919 diktiert haben will, von der Notwendigkeit einer festen Diktatur. Schiele will davon nichts wissen. „Diktat Schiele" soll heißen „für Schiele". Das sei ein Zeitungsartikel.

Nach der Mittagspause kommen zur Verlesung einige bei Schnitzler vorgefundene Gesetzentwürfe, darunter der **Entwurf einer Reichsverfassung** und einer Notpresseverordnung.

Besonderes Aufsehen erregt die Verlesung von zwei Briefen, die Kapp selbst aus Schweden im August und September 1920, also ein halbes Jahr nach dem Putsch, nach Deutschland geschrieben hatte. Der Empfänger des ersten Briefes ist der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp. Kapp erklärt darin, daß er sich nicht dem Gerichte stellen werde, weil die Unterwerfung unter ein Gericht der Oberflächen Scheindemokratie dessen Anerkennung bedeuten würde. Kapp schreibt weiter, daß das Unternehmen an der Lauheit des Militärs und der hohen Beamten gescheitert sei. Während Jagow sich darauf berufen hatte, daß nur durch die Flucht der Reichsregierung eine Lage geschaffen worden sei, in der man einspringen mußte, um überhaupt eine bürgerliche Regierung gegenüber der Militärdiktatur herstellen zu können, erklärt Kapp in seinen Briefen das Gegenteil. **Kapp sagt, er wolle sich nicht mit einer Lüge verteidigen, als ob er die Absicht gehabt hätte, die Verfassung aufrechtzuerhalten.** Er, ebenso wie Lüttwitz, hätten ganz andere Ziele verfolgt, und er würde sich vor sich selbst lächerlich machen, wenn er leugnen wollte, daß es sich um den Bruch der Verfassung gehandelt habe. Der zweite Brief aus Schweden ist an einen Freund gerichtet. Hier beklagt Kapp, daß sein Unternehmen durch die Generale Oldershausen und Oven, die ein doppeltes Spiel trieben, gestört worden sei.

Während die Verteidiger Jagows zunächst die Echtheit der Briefe zu bestreiten versuchten, mußte sie später die Echtheit selbst zugeben.

Die Zeugen Grabowski und Frohne wurden nach verhältnismäßig kurzer Vernehmung vereidigt und sofort entlassen, ohne daß der Versuch gemacht wurde, über ihre persönlichen Beziehungen zu den Teilnehmern des Putsches, ihre Unterredungen und Korrespondenz durch präzise Fragen weitere Feststellungen zu machen. Die Dokumente zeigen jedoch aufs deutlichste, wie die Vorbereitungen zu einem gewaltsamen Umsturz getroffen waren.

Weltpolitische Neugruppierung.

Um den Stillen Ozean, der zum Meer der politischen Rätsel geworden ist, gruppiert sich eine Anzahl Mächte, die in ihrer Zusammensetzung in der Hauptsache auch die großen Staaten umfaßt, die die Entente gegen Deutschland führen. Es ist nicht sehr leicht, sich nach den letzten Zielen dieser neuen Mächtekonstellationen und nach den Absichten der einzelnen Staaten in dieser Sache durchzutasten.

Der Stille Ozean steht seit Jahrzehnten unter dem latenten politischen Gegensatz zwischen Amerika und Japan. Ostasien ist sowohl für Japan wie für Amerika wirtschaftliches Hinterland. Japans Politik verfolgt die wirtschaftliche und politische Kontrolle über Ostasien. Amerika kämpfte um die offene Tür, die durch Japan zugeschlagen zu werden drohte. Japan ist mit England vor ungefähr 16 Jahren einen militärischen Schutzvertrag eingegangen, der England mit seinen reichen Kolonien in Südasien vor Ueberraschungen und Schwierigkeiten durch Japan schützen und den imperialistischen Absichten Japans auf das ostasiatische Festland, namentlich auf China und die Mandschurei, Beistand leisten sollte. Die Spitze war gegen Amerika gerichtet. In den ersten beiden Jahren des Weltkrieges hat dieser Vertrag eine Revision erfahren, indem England zur militärischen Unterstützung Japans nicht verpflichtet sein sollte, wenn es zu einem Konflikt zwischen Japan und Amerika käme. Damit war dem Vertrag eigentlich der innere Wert für Japan genommen. Immerhin hielt Japan aus Prestigerücksichten daran fest, weil es das Ansehen dieses aufstrebenden und mächtigen mongolischen Freistaates in Asien ungeheuer stärken mußte, in einem Bündnisvertrag mit der stärksten politischen Macht der alten Welt zu stehen.

Nunmehr ist auch dieser in der Hauptsache nur noch moralisch zu bewertende Vertrag gefallen. An seine Stelle ist — das ist das erste praktische Ergebnis der Washingtoner Konferenz — eine amerikanisch-britisch-französisch-japanische Entente zur Ueberwachung und gemeinschaftlichen Regelung aller Fragen des Stillen Ozeans getreten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß damit Amerika einen außerordentlich starken Erfolg errungen hat. Wenn auch die japanischen Delegierten mit saurer Miene ihre Befriedigung über diese neue Mächtekonstellation aussprechen, im Innersten ihres Herzens denken sie ganz anders. Japan stand nämlich vor der Wahl, entweder völlig isoliert zu stehen und sich von England zu trennen, oder aber mit Amerika gemeinsam diesen neuen Vertrag einzugehen. Der amerikanische Einfluß auf England ist aus verschiedenen Gründen sehr stark geworden. Kanada, das riesige amerikanische Dominion Englands, neigt zu den Vereinigten Staaten mindestens ebenso stark wie zum Mutterlande, und Australien ist offensichtlich gegen Japan eingenommen und forderte stürmisch die Lösung des englisch-japanischen Vertrages. Dieser Situation mußte England Rechnung tragen. Dazu kam noch, daß Amerika der Hauptgläubiger Englands ist, daß England von Amerika die Streichung der Schulden der Entente in Amerika, die sich auf etwa 15 Milliarden Goldmark belaufen, fordert. Der Löwenanteil dieser Schuld fällt auf England. Amerika stellte sich zunächst mit beiden Ohren taub gegenüber dieser Forderung und hat überdies ja die Mittel in der Hand, jederzeit die Bezahlung dieser Schulden, für die schon seit Mai 1919 keine Zinsen mehr bezahlt werden, zu verlangen. Es steht nicht zu erwarten, daß nunmehr Amerika diese Riesensumme in den Schornstein schreibt, sondern es wird sie als Druckmittel auf England weiterhin in der Hand behalten, um im gegebenen Augenblick bei der endgültigen Regelung des trotzdem weiterbestehenden amerikanisch-japanischen Gegensatzes durch Erlaß dieser Schulden England in seine Front zu stellen oder wenigstens zur wohlwollenden Neutralität zu zwingen.

England hat in seiner Geschichte keinen verlorenen Krieg. Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan würde ohne Zweifel die größere Kraft auf amerikanischer Seite finden. Selbst eine gemeinsame englisch-japanische Front böte nicht die absolute Garantie für den Erfolg, die sich England jedesmal vorher gesichert hat. Nach diesem Grundsatze hält sich England stärker an Amerika als an Japan. Wer weiß, ob nicht hinter der neuen Machtgruppierung das Einverständnis lebt, die ganze Welt in Vormachtssphären der beiden angelsächsischen Mächte aufzuteilen.

Internationale Seemannskonferenz.

In Brüssel fand eine internationale Seemannskonferenz statt, an welcher Delegierte aus England, Belgien, Holland, Norwegen und Deutschland teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Bestrebungen des Bundes der englischen Transportarbeiter und des Verbandes der englischen Seeleute, welche die Organisation der englischen Seeleute auf der Grundlage des internationalen Transportarbeiterbundes zum Ziele haben, zu unterstützen. Berichte der englischen und norwegischen Delegierten über arbeiterfeindliches Vorgehen der Organisation Havelock Wilsons führten zu einem Beschluß der Konferenz, der besagt, daß alle mittelbar oder unmittelbar dem internationalen Transportarbeiterbund angeschlossenen Organisationen alle Beziehungen zu Havelock Wilson zu lösen haben. Es sollen energische Schritte getan werden, um die Seeleute zum Anschluß an den internationalen Transportarbeiterbund zu veranlassen. Eine neue Konferenz wird im Januar zusammentreten, um Maßregeln zu erwägen, wie die den sämtlichen Zweigvereinen des internationalen Transportarbeiterbundes zugehörigen Seeleute sich einer drohenden Herabsetzung der Löhne widersetzen können.

Englands Gewerkschaften fordern Abänderung des Versailler Diktates.

London, 8. Dez. (W.T.B.) Auf der Konferenz des nationalen Gewerkschaftsrates des Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei zur Erörterung der Arbeitslosenfrage wurde eine Entschließung angenommen, **in der die Abänderung des Versailler Vertrages, des Reparationsabkommens, der Kriegsschulden, sowie die Stabilisierung des Wechselskurses gefordert wurden.**

Der Vorsitzende des Generalrates des Gewerkschaftskongresses erklärte in einer Rede: **Die Arbeiterklasse habe dauernd gegen den Friedensvertrag protestiert, weil er Deutschland unerträgliche Lasten auferbürdet habe. Die herrschende Arbeitslosigkeit sei auf den schmählichen Friedensvertrag zurückzuführen und auf den Versuch, Deutschland zum Zahlen zu bringen.**

Aegyptens Kampf um seine Unabhängigkeit.

Nach dem jetzt veröffentlichten Schriftwechsel über die abgebrochenen englisch-ägyptischen Unterhandlungen erklärte die ägyptische Delegation zu den englischen Vorschlägen, ihre Annahme würde die unmittelbare Kontrolle des britischen Oberkommissars über das ägyptische Auswärtige Amt bedeuten. Die Aegypter erheben Einwand gegen die Bezeichnung Oberkommissar für den Vertreter Englands. Dies sei kein üblicher Titel für diplomatische Vertreter in unabhängigen Ländern. Die militärische Klausel des britischen Vertrages verursachte die größten Schwierigkeiten. Klausel 10 sehe vor, daß die britischen Truppen freien Durchzug durch Aegypten haben und an den Orten in Aegypten aufgestellt werden können, die von Zeit zu Zeit ebenso wie die Dauer des Aufenthalts der Truppen in diesen Orten festgestellt werden sollen. Die Antwort der ägyptischen Delegation besagt, dieser Vorschlag verleihe Großbritannien das Recht, militärische Streitkräfte in allen Teilen des ägyptischen Gebietes zu allen Zeiten aufrecht zu erhalten und stelle Großbritannien alle Verbindungswege und Verbindungsmittel des Landes zur Verfügung. Dies bedeute nichts anderes, als die Besetzung des Landes, die jeden Gedanken an Unabhängigkeit zerstöre.

Internationale Bedrohung des Achtstundentages.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, weilt zurzeit in Berlin, um bei der Regierung wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens betreffend Achtstundentag vorzusprechen. Thomas ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung weit eher in der Lage ist, wenigstens einen großen Teil der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz durchzuführen, als das in gewissen anderen Ländern der Fall ist. Gelegentlich seines Besuches in Berlin verhandelte Thomas auch mit dem Vorsitzenden des A.D.G.B., dem Genossen Leipart. Insbesondere lenkte der Leiter des internationalen Arbeitsamtes die Aufmerksamkeit Leiparts auf die Bedrohung des Achtstundentages nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. **Von den Industriellen der verschiedensten Länder werden im Augenblick Angriffe gegen den Achtstundentag unternommen, so daß Gegenaktionen der Gewerkschaften notwendig erscheinen.** Es wäre angebracht, wenn auch der A.D.G.B. bald zu den Angriffen des Kapitals Stellung nehmen würde, **um gegen eventuelle Pläne der Industriellen gewappnet zu sein.**

Das Spekulations-Spiel.

Die Münchener Filiale der Pfälzischen Bank hat in den letzten Tagen durch Devisenspekulation einen Verlust von 240 Millionen Mark erlitten. Diese ungeheuren Verluste, die die Bank zu tragen hat, sind auf unverantwortliche Spekulationen zurückzuführen, die der Münchener Devisenhändler dieses Instituts eingegangen ist. Als der Dollar ins Wanken kam und der letzte, sehr kurzfristige Sturz des amerikanischen Dollars einsetzte, hat sich dieser Mann in kolossale Baissespekulationen eingelassen. Er hat in Erwartung, daß das Gerücht, der Dollar würde bis auf 120 Mk., ja sogar bis auf 100 Mk. sinken, Wahrheit sei, in großen Massen fremde Devisen abgegeben, die er, als die Hebung der amerikanischen Valuta sofort wieder einsetzte, nicht mehr mit dem gleichen Geldbetrage zurückgewinnen konnte. Die mißglückte Baissespekulation kostet dem Institut 240 Millionen Mark. Man darf überzeugt sein, daß das nicht die einzigen Verluste sind, die in Deutschland entstanden sind. Die Wirkung der umfangreichen Baissespekulationen in Deutschland war derart, daß am Donnerstag der vergangenen Woche der Dollar in Deutschland zu einem Preise angeboten wurde, der 40 Mark unter der Bewertung des Dollars in Neuyork lag. Daraus kann man leicht errechnen, daß bei großangelegten Spekulationen Hunderte von Millionen verspielt werden mußten.

„Nun haben wir sie soweit . . . "

Im Mitteilungsblatt der KAG. beschäftigt sich Däumig **mit der Ausrede der KPD.-Zentrale, daß man die Fehler, die im März 1920 gemacht worden seien, ja eingestanden habe.** Däumig sagt dazu: **„Es ist nicht wahr, daß die Partei ihre Fehler frei und offen anerkannt** hat, sonst hätte sie nicht, als Antwort auf unsere Angriffe, **Hugo Eberlein** in die Zentrale wählen und nicht **den Mann in der Zentrale belassen dürfen, der, als die erste Nachricht kam, daß die Sipo Arbeiter erschossen habe, sagte: „Na jetzt haben wir sie soweit."**

In der Zentrale der KPD. sitzen noch heute die Leute, die den verbrecherischen Märzputsch provoziert haben.

Neue bedeutende Erhöhung der Reichs-Postgebühren.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern u. a. mit den Vorlagen über Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Nach den Vorschlägen soll das Porto für **Briefe bis 20 Gramm künftig im Ortsverkehr 1 Mark, im Fernverkehr 1,50 Mark, die Gebühr für die Postkarte im** Ortsverkehr 60 Pf., im Fernverkehr 1 Mark betragen. Die Gebühr für das Päckchen wird von 1,50 Mark auf 4 Mark erhöht. Die Telegrammgebühren steigen für das Wort von 30 Pf. auf 75 Pf., für das Telegramm mindestens von 3 Mark auf 7,50 Mark. **Für die Fernsprechgebühren sollen die im neuen Gebührentarif vom 1. Oktober festgesetzten Sätze durchweg noch um 80 vom Hundert erhöht werden.** Alle diese Gebührenerhöhungen sollen mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten, abgesehen von den Erhöhungen der Zeitungsgebühr, **für die der 1. April 1922 vorgesehen werden mußte. Die zuständigen Reichsratsausschüsse haben der Vorlage zugestimmt.** Der Entwurf über die Fernsprechgebühren soll bestimmen, daß jeder Fernsprechteilnehmer berechtigt ist, seinen Anschluß bis zum 25. Dezember 1921 auf den 31. Dezember 1921 zu kündigen.

Gareis' Mörder verhaftet?

Dem „Vorwärts" wird aus München gemeldet: Der Täter des politischen Mordes im Forstenrieder Park und wahrscheinliche Mörder von Gareis, Schweighardt, wurde soeben im Ausland verhaftet und nach München übergeführt. Die Meldung, die vor kurzem aus Oesterreich kam, daß Schweighardt dort ermordet aufgefunden worden sei, war ein ähnliches Manöver zur Verwischung von Mörderspuren, wie wir sie bei der Verfolgung der Mörder Erzbergers des öfteren wahrgenommen haben. Die Verhaftung Schweighardts bringt sicherlich Licht in die Mordaffäre Gareis.

Arbeiterkammerwahlen in Bremen.

Das Gesamtergebnis der Arbeiterkammerwahlen in Bremen liegt nun vor. **Die freien Gewerkschaften erhielten** 22 289 Stimmen, die christlichen Gewerkschaften 793 und die gelben Verbände 389 Stimmen. Die freien Gewerkschaften werden danach 29, die christlichen 1 Mandat erhalten.

Die Bremer Arbeiterkammer, die von unseren Genossen mit in die bremische Verfassung hineingebracht wurde, ist eine **reine Interessenvertretung für die Arbeiter Bremens. Die** Unternehmer haben keine Vertreter in dieser Kammer, und **diese dürfte daher die einzige Arbeiterkammer ihrer Art in** Deutschland darstellen. Das Abstimmungsergebnis bedeutet einen glänzenden Sieg der freien Gewerkschaften.

Die oberschlesische Grenzführungskommission hat gestern die vorläufige deutsch-polnische Grenze im Kreise Hindenburg festgelegt. Heute beginnt die Grenzführung im Kreise Beuthen, mit deren Beendigung die Aufgabe der Grenzkommission zum vorläufigen Abschluß kommt.

Die Höchstgrenze der Krankenversicherungspflicht ist vom Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten in einem Gesetzentwurf auf 40 000 Mark jährlich festgesetzt worden.

Verurteilte kommunistische Verleumder. In vergangener Woche gab es in London einen viertägigen Prozeß. J. H. Thomas, Mitglied des Parlaments und Präsident des Eisenbahnerverbandes, klagte gegen den Drucker, Redakteur und Verleger des „Communist" wegen Beleidigung. Anläßlich des letzten großen Bergarbeiterstreiks fühlte sich Thomas durch die Bezeichnung „Verräter an der Arbeiterklasse" und durch eine Abbildung als Judas Iskariot in den Spalten des „Communist" verletzt. Die Angeklagten wurden verurteilt, Thomas 2000 Pfund Sterling Schadenersatz zu zahlen.

Deutsch-portugiesisches Abkommen. Am 6. Dezember ist ein deutsch-portugiesisches Abkommen zustandegekommen, durch das Portugal deutschen Waren mit sofortiger Wirksamkeit die Meistbegünstigung zunächst für ein Jahr zusichert. Die portugiesische Regierung hat sich weiterhin verpflichtet, alsbald eine Verordnung zu erlassen, nach welcher die deutschen Staatsangehörigen in Zukunft in Portugal und seinen Kolonien die gleiche Behandlung genießen werden, wie die Angehörigen aller anderen Länder.

Deutsch-russische Bankverbindungen. In Berliner sowjetrussischen Kreisen wird die Ankunft von Vertretern der Petersburger Staatsbank erwartet, die mit deutschen Banken in Fühlung treten soll.

Stinnes auf Java. Blättermeldungen aus Java zufolge haben die von Stinnes ausgehenden Vorbereitungen für den Bau einer großen deutschen Fabrik für die Verarbeitung von Eisenbahnmaterialien auf Java, nämlich in Tscheribon, gute Fortschritte gemacht. Die Gebäude selbst, die in Deutschland hergestellt wurden und jetzt nach Java unterwegs sind, können sofort nach Ankunft dort aufgestellt werden. Es wird weiter gemeldet, daß verschiedene Schiffe mit deutschen Halbfabrikaten bereits nach Holländisch-Indien unterwegs sind.

Gestrandet und gerettet. Die Rettungsstation Juist-Ost teilt mit, daß von dem bei der Insel Juist gestrandeten Dampfer Lisbeth Cord aus Rostock, mit Kohlen von England nach Dänemark bestimmt, 6 Personen gerettet worden sind.

Bolschewistischer Unterdrückungsfeldzug. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, plant der bolschewistische Generalstab einen großen Feldzug gegen die Erhebung in Ostkarelien. Es sind bereits bolschewistische Truppenverstärkungen dort eingetroffen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 287 | Freitag, den 9. Dezember 1921 | 12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die Protestversammlung in der Sporthalle.

Bürgerliche kaufmännische und andere wirtschaftliche Verbände hatten zu gestern abend nach der Sporthalle eine öffentliche Versammlung einberufen, die gegen die einzuführenden polnischen Zollgesetze protestieren sollte. Herr Siebenfreund eröffnete und leitete die Versammlung. Fabrikbesitzer Loeck hielt dann den ersten Vortrag. Er machte dem Senat den Vorwurf, daß er die wirtschaftlichen Verbände nicht zur Mitarbeit bei der Beratung des Abkommens mit Polen herangezogen hat. Der Zolltarif könne in seiner jetzigen Gestalt nicht angenommen werden. Ursprünglich war auch der 1. April als Termin für die Einführung des polnischen Zolltarifs in Aussicht genommen. Es sei der Vorwurf erhoben worden, daß die Betriebe sich nicht rechtzeitig umgestellt haben. Der Senat habe sie aber nicht rechtzeitig benachrichtigt. Redner führte dann einige Zollsätze an, die der neue Tarif enthalte. Ein Leinentischtuch würde 96 Mk., ein Handtuch 26 Mark Zoll kosten. Die Geschäfte würden dann ihre Läden schließen müssen. Die Bevölkerung werde nach Marienburg fahren und dort einkaufen. Der Zoll werde in polnischer Mark berechnet und müsse in deutsche Mark umgerechnet werden. Durch die großen Schwankungen der deutschen Valuta würden die Zollsätze sehr verschieden sein. Dadurch werde eine Unsicherheit in die Preise kommen. Der Multiplikator werde eine unsichere Zahl in die Zollzahlungen bringen, und könne willkürlich geändert werden. Diesen Zolltarif könne man für Danzig nicht annehmen.

Frau Stadtverordnete Richter hielt den zweiten Vortrag. Auch sie wies auf die hohen Zollsätze hin. Ein Meter Hemdentuch solle 6,90 Mark Zoll kosten. Dies sei wieder eine Mahnung für die Frauen, sich um wirtschaftliche Dinge zu bekümmern.

Gewerkschaftssekretär Sdiger betonte gleichfalls, daß die Zollsätze viel zu hoch seien und sehr ungünstige wirtschaftliche Folgen haben würden. Er verlas dann eine Entschließung, die die einladenden Verbände entworfen hätten.

Durch Zuruf wurde die Entschließung angenommen, die da lautet:

„Die am Donnerstag, den 8. Dezember 1921, in der Sporthalle versammelten Danziger Bürger aller Berufskreise erheben einmütig Einspruch gegen die Einführung des polnischen Zolltarifs in seiner jetzigen Form am 1. Januar 1922. Die plötzliche Anwendung des neuen Zolltarifs muß katastrophale Folgen haben. Schwerste Erschütterungen des gesamten Danziger Wirtschaftslebens und eine ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung sind zu befürchten. Handel und Gewerbe würden zu Grunde gerichtet werden. Schließung von Betrieben und Entlassung von Arbeitnehmern würden unausbleibliche Folgen sein. Im Interesse der gesamten Danziger Bevölkerung und eines gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit der Republik Polen fordert die Versammlung einmütig vom Volkstage, daß er den Vertrag nicht eher ratifiziert, als bis der Senat der Freien Stadt Danzig unter Hinzuziehung berufener Vertreter des Danziger Wirtschaftslebens mit der Republik Polen einen neuen Zolltarif fertigstellt, der die Interessen der Freien Stadt Danzig nach Möglichkeit schützt, wie dieses im Artikel 197 des Abkommens vorgesehen ist."

Als der Abg. Rahn sich zum Wort meldete, beantragte Kaufmann Steinbrück, abzustimmen, ob eine Aussprache stattfinden solle. Der Vorsitzende erteilte jedoch dem Abg. Rahn das Wort. Dieser sprach den Wunsch aus, daß derartige öffentliche Versammlungen öfter stattfinden sollten. Der Senat, der von den bürgerlichen Parteien gestellt wurde, habe nicht nur die wirtschaftlichen Organisationen ausgeschaltet, sondern auch den Volkstag, den man vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Man suche jetzt einen Sündenbock. Redner sei mit Jewelowski feindselig, aber das halte ihn nicht ab, zu erklären, daß Jewelowski nicht schuldiger sei, wie der ganze Senat. Die Linke würde den ganzen Vertragsentwurf ablehnen. Möge der Senat die Konsequenz ziehen und sein Amt niederlegen. Ein Staatsvertrag könne nur im ganzen angenommen, oder abgelehnt werden. Der Senat wolle durch die Zuckersteuer das Pfund Zucker um 2,50 Mark erhöhen. Die Preise werden so steigen, daß die Bevölkerung sich nicht einmal das Brot kaufen kann. Redner warnte vor dem [illegible] der Massen.

Herr Werner aus Zoppot sprach gleichfalls gegen den Zolltarif. Abg. Riebaus teilte mit, daß er den Zolltarif in der jetzigen Form ablehnen werde. Postinspektor Thomas sprach als Vertreter der Post- und Telegraphenbeamten gegen den [illegible]. Da keine weitere Wortmeldung vorlag, [illegible] die Versammlung, die etwa 2 Stunden [illegible] gründlichen Erörterung der ganzen Frage [illegible] nicht gekommen.

[illegible]estelltenversicherung.

Erhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung. [illegible] werden darauf hingewiesen, daß mit dem [illegible] 1921 die Frist zur Nachzahlung freiwilliger [illegible] für die Jahre 1914 bis 1920 abläuft. Versicherte, deren Anwartschaft in diesen Jahren nicht aufrecht erhalten ist, müssen also, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, die fehlenden freiwilligen Beiträge bis zum Schlusse dieses Jahres entrichten. Dazu sind die bei der Post erhältlichen roten Zahlkarten zu benutzen, auf denen Vor- und Zuname, Geburtstag und Ort sowie das Jahr, für das die Beiträge gelten sollen, anzugeben sind. Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in jedem Jahre mindestens acht Kalendermonate mit Pflicht- oder freiwilligen Beiträgen oder mit sogenannten Ersatzzeiten (z. B. Krankheit, Militärdienst) belegt sein. Ferner können Angestellte bis zum 31. Dezember 1921 Pflichtbeiträge, deren Entrichtung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde unterblieben, aber zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig ist, sämtlich oder teilweise nachentrichten, der die Stundung bei der Reichsversicherungsanstalt beantragen.

Ergänzungen des Angestelltenversicherungsgesetzes. Der Reichstag hat am 19. November 1921 einen Gesetzesantrag angenommen, dem der Reichsrat zugestimmt hat, wonach den durch die Ausdehnung der Angestelltenversicherungspflicht bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mark der Versicherungspflicht Unterworfenen die Möglichkeit einer Befreiung von der eigenen Beitragsleistung dann gewährt wird, wenn bis zum 10. Juni 1921 eine Privatversicherung mit ausreichender Prämienhöhe beantragt ist, bzw. eine bis zum 10. Juni 1921 beantragte Privatversicherung durch einen bis zum 31. Dezember 1921 zu stellenden Nachversicherungsantrag entsprechend ergänzt wird. Der Befreiungsantrag selbst ist bis zum 31. Januar 1922 nur bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung auf dem dort kostenfrei zur Verfügung stehenden Vordruck zu stellen. Früher an die Reichsversicherungsanstalt eingesandte Anträge sind bei der Ausgabestelle zu wiederholen. Unmittelbar an die Reichsversicherungsanstalt gerichtete Anträge müssen an die Einsender zurückgegeben werden.

Keine Berufung gegen Entscheidungen des Mieteinigungsamtes.

In einer Eingabe verlangte der Danziger Mieterverein den Erlaß eines Gesetzes für Zulassung von Berufungen gegen Entscheidungen des Mieteinigungsamtes. Der Rechtsausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß die Errichtung einer Berufungsinstanz aus praktischen und pekuniären Gründen nicht angängig ist, daß dagegen eine Verbesserung des verwaltungstechnischen Apparates im Mieteinigungsamt möglich und auch wünschenswert erscheint.

Die Neuwahlen in der Angestelltenversicherung.

Die Amtsdauer der zu den Ehrenämtern in der Angestelltenversicherung gewählten Arbeitgeber und Angestellten war, wie die aller Vertreter in der sozialen Versicherung, bis zu dem Schlusse des Kalenderjahres verlängert worden, das dem Jahre der Kriegsbeendigung folgt. Das ist, da der Krieg offiziell im Jahre 1920 beendigt wurde, der 31. Dezember 1921. Es müssen deshalb bis dahin die erforderlichen Neuwahlen vorgenommen werden. Das Reichsarbeitsministerium hat auch bereits die nötigen Anordnungen getroffen.

Die Verwaltung der Angestelltenversicherung ist im allgemeinen paritätisch. Sie entspricht somit der Aufbringung der Mittel, da bekanntlich die Beiträge zu diesem Versicherungszweige zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und den Angestellten zu leisten sind. Doch hat sich der Staat bei der Durchführung der Versicherung ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt. In den wichtigsten Organen des Trägers der Versicherung, also der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, sind neben den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten behördlich eingesetzte beamtete Mitglieder vorhanden, die zum Teil die Beschlußfassung dieser Verwaltungsorgane entscheidend beherrschen. Der Mangel an Selbstverwaltungsrecht in der Angestelltenversicherung ist um so weniger verständlich als vom Reich oder sonstigen öffentlichen Mitteln zu dieser Versicherung keine Zuschüsse gegeben werden. Dieser Widersinn wird nur begreiflich nach einer Betrachtung der politischen Strömungen jener Zeit, in der die Angestelltenversicherung entstanden ist. Das Gesetz wurde im Jahre 1911 geschaffen, also in Zeitläuften, in denen der Byzantinismus in hoher Blüte stand. Es kam dazu, daß man namentlich den Angestellten alles zu bieten wagte, da diese sich nicht dazu aufraffen, gegen die Beschneidung ihrer natürlichen Rechte zu opponieren.

Die Versicherung kennt an Verwaltungsorganen 1. das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt, das aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl beamteter Mitglieder sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der versicherten Angestellten besteht. Bei einer Beschlußfassung haben aber soviel ehrenamtliche Vertreter auszuscheiden, daß die Beamten in der Mehrzahl sind! Der Präsident und die beamteten Mitglieder wurden früher vom Kaiser und werden jetzt vom Reichsrat auf Lebenszeit ernannt. Die ehrenamtlichen Vertreter werden von einem „Verwaltungsrat" gewählt, der dem Direktorium zur Seite steht. Dieser Rat hat ebenfalls den Präsidenten des Direktoriums zum Vorsitzenden, im übrigen besteht er aus mindestens je zwölf Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Diese Vertreter werden von den „Vertrauensmännern" in den einzelnen Orten gewählt, und zwar so, daß die Vertreter der Angestellten von diesen unter den Vertrauensmännern gewählt werden. Ebenso werden die Vertreter der Arbeitgeber in den Verwaltungsrat von den Arbeitgebern unter den Vertrauensmännern gewählt. Daneben bestehen nach dem Gesetz noch Rentenausschüsse, deren Zweck in der Feststellung der Leistungen (Renten, Heilverfahren, Abfindungen usw.) besteht. Ein solcher Ausschuß besteht aus einem vom Reichs-

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

(3.) (Fortsetzung.)

Sigrid hörte nicht auf zu lachen, sah Clas jedoch nicht dabei an, sondern knüpfte ihre Faden. „Kaufe nur die Stelle," sagte sie, „wenn du Geld genug dazu hast. Der Platz ist gut, doch billig wird er nicht sein, mancher wird danach ausgeben."

„Es wird sie doch keiner bekommen als ich," antwortete Clas zuversichtlich. „An den Herrn Schiemann ist sie verpfändet, der hat damals die zweihundert Speziestaler gegeben, die Thorkel seinem Vater abpreßte, niemand weiß wozu. Dafür hat Schiemann eine feste Schrift in Händen, daß die Stelle sein ist, wenn nach einem Jahre das Geld nicht zurückgezahlt werden kann. Und jetzt eben ist das Jahr um, Sigrid, und Schiemann will mir den Platz geben und verkaufen. Er will bezahlen was sonst noch darauf haftet, dann ist sie sein und wird mein werden. Ihm wird so leicht keiner in den Handel kommen."

„Daß es ihm nur nicht wieder leid wird," lachte Sigrid.

„Hat nichts zu sagen," versetzte Clas. „Ich kann ihm gute Dienste leisten, wie sie ihm gefallen." — Er zog seinen Hut um den Kopf und grinste und nickte, als Sigrid ihn ansah. „Na," fuhr er fort, „da drüben auf Otteröe gibt es ein Gut, das fünfzig- und hundertmal mehr wert ist, und wenn er das in seine Tasche steckt, kann er mir die lumpige Stelle wohl abgeben."

„Drüben in Otteröe?" fragte Sigrid, und indem sie ihre blauen Augen weit aufthat, fuhr sie fort: „Meinst du Erik Meldals Gut, Clas?"

„Das ist eine richtige Wahrheit!"!" sagte Clas. „Erik ist von derselben Art wie Thorkel, darum waren sie auch immer gute Freunde. Und Erik Meldal hat auch nichts mehr, die Schulden haben ihn aufgefressen. Das ganze Gut ist so verschuldet, daß der alte Verwalter Hornareb nichts mehr auftreiben kann, und kann seinem jungen Herrn Erik Meldal, dem Leutnant, gar nichts mehr schicken. Der muß jetzt also mit seinem Traktement auskommen," fuhr er boshaft lachend fort. „Das ist ihm gesund; wenn ich aber sein Verwalter wäre, sollte er Geld genug haben. Der alte Hornareb ist ein alter Dummkopf."

„Was wolltest du denn machen, Clas?" fragte Sigrid.

„Verpachten wollte ich das gute Land an Kolonisten," versetzte Clas, „zu ganz anderen Preisen, als es jetzt geschieht. Und dann hat der Gaard noch einen schönen Wald, alte große Bäume, die sind jetzt viel wert, man findet sie selten mehr so. Weiden liegen dabei, die allerbesten, die man sich denken kann. Dreimal soviel Vieh kann gehalten werden, und dazu kommt die Fischerei in der großen Bucht, sie kommt dem Gute allein zu, samt den Mühlen an der Elf. Es darf nur ein Mann da sein, der die Sache versteht, so fällt alles von selbst in seine Hand; und der Mann ist da und hält die Hand schon auf."

Sigrid sah lachend auf die mächtigen Hände, welche Clas dabei ausstreckte. „Sind es deine Hände, so halt es fest," sagte sie.

„Nehmen sollte es mir keiner," antwortete er, „doch dazu gehört, was ich nicht habe."

„Was?" fragte sie.

„Geld! Das hat er genug."

„Wer?"

„Kleine Sigrid," sagte Clas belustigt, „frage nicht so dumm. Herr Schiemann, wer sonst? Alle Schulden hat er aufgekauft, ganz in der Stille und wie ich es ihm ausgekundschaftet. Vieles hat er billig gekriegt, denn die Leute waren froh, Geld zu sehen, von dem Schuldenmachen erwarten sie doch nichts mehr."

„Erik Meldal war kein Schuldenmacher," versetzte Sigrid. „Ich habe gehört, daß sein Vater eine gute Wirtschaft hielt, und daß die schlechten Zeiten dazukamen."

„Alle die Leute aus den alten Familien wollen vornehm hinaus," sagte Clas. „Der alte Meldal gehörte auch zu denen, die obenan standen, und weil er Oberst gewesen im Kriege gegen die Schweden, meinte er, er sei der Höchste im Lande. Es ist einerlei, wer die Schulden gemacht hat, jetzt heißt es bezahlen! Also wird es dem Jungen gehen, wie dem Thorkel, denn die Akten liegen schon beim Landrichter, die Klage ist schon angebracht, und so wie es damit seine Richtigkeit hat, ist Hochzeit?"

„Hochzeit?" fragte Sigrid. „Wer macht Hochzeit?"

„Zwei," lachte Clas, „oder viere. Erstens Herr Peter Schiemann mit Pastor Jöns Billes Tochter Else Mary, bei der er eben sitzt, denn ich habe ihn von Molde mit herübergebracht, und zweitens ein gewisser Clas Gornd mit Gullik Hansens Tochter Sigrid, bei der ich eben sitze."

Und indem er dies sagte, legte er seinen linken Arm um ihren Leib und faßte mit seiner rechten Hand nach ihrer Hand. Aber Sigrid bog sich rasch zurück und rief: „Ich glaub es nimmermehr," und so wie sie diese Worte lustig ausschrie, geschah etwas, das Clas noch weit mehr überraschte. Denn das Netz, das am Boden lag, hob sich plötzlich in die Höhe, und ein ungeheurer Rachen voll weißer Zähne kam darunter hervor und schnappte nach Clas Gornds Arm und Hand, daß er mit genauer Not beide in Sicherheit bringen konnte. Erschrocken sprang er auf und ein paar Schritte zurück, während Sigrid ein schallendes Gelächter anstimmte und ihre Augen sich mit übermütigem Spott füllten.

In der nächsten Minute sah Clas, mit wem er es zu tun hatte. Es war ein großer grauer Seehund, der auf seinen kurzen Beinen sich aufgehoben und mit seinen glänzenden Augen ihn anstierte. Voll Wut und Aerger griff Clas nach einem Steine, der vor ihm lag, und schrie wild auf: „Ich will dich zerschmettern, du Teufelsvieh, du sollst deinen Lohn haben!"

„Tue ihm nichts! Du sollst ihm nichts tun!" schrie Sigrid ebenso laut, indem sie ihre Arme über den Kopf des Tieres legte, und damit zugleich rief jemand hinter dem Hause: „Was gibt es denn da? Heida! wirf den Stein fort und sei kein Narr!"

II.

Clas Gornd sah sich um und ließ seinen Arm wirklich sinken, aber Antwort gab er nicht, auch wurde sein Gesicht nicht freundlicher. Es sah einen Mann, den er nicht kannte, oder, wenn dies der Fall, nicht kennen wollte. Der Fremde trug einen Soldatenrock von einem der Jägerregimenter, und als er vor ihm stand, rief er lustig: „Das ist Clas Gornd, der hat sich nicht verändert. Er ist noch so ein häßlicher Kerl, wie er immer gewesen." Darauf flogen seine Augen zu dem Fischermädchen, und gleich streckte er beide Hände nach ihr aus.

(Fortsetzung folgt.)

kanzler ernannten Vorsitzenden und seinem Stellvertreter und Beisitzern aus dem Kreise der Arbeitgeber und Angestellten. Ihre Wahl wird ebenfalls von den „Vertrauensmännern" vorgenommen. Schließlich sind noch Schiedsgerichte und ein Oberschiedsgericht als Spruch- und Beschlußbehörden zur Entscheidung von Streitigkeiten aus der Durchführung der Versicherung vorgesehen. Die bei diesen Gerichten neben dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter vorhandenen Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber und Versicherten werden ebenfalls von den obenerwähnten Vertrauensmännern gewählt.

Wenn jetzt die gesamte ehrenamtliche Vertretung neu zu wählen ist, ist mit der Wahl jener Vertrauensmänner zu beginnen. Sie werden ja zur Hälfte aus den Versicherten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt. Die Zahl beträgt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (das ist in der Regel ein Stadt- oder Landkreis) sechs; wohnen in dem Bezirk mehr als zehntausend Versicherte, so kann die oberste Verwaltungsbehörde für je angefangene weitere Zehntausend die Zahl der Vertrauensmänner um zwei zu erhöhen. Für jeden Vertrauensmann sind zwei Ersatzmänner zu wählen.

Die Wahlen in den einzelnen Bezirken sind von dem Wahlleiter (dem Vorsteher der unteren Verwaltungsbehörde) mindestens 6 Wochen vorher mit den nötigen Angaben auszuschreiben. Professor Dr. Laß (der Reichswahlleiter) hat schon mitgeteilt, daß die Wahlen auch Anfang Januar 1922 stattfinden können. Im Interesse einer regen Wahlbeteiligung liege dieser Wahltermin, da an den vorhergehenden Sonntagen ein großer Teil der Angestellten durch das Weihnachts- und Neujahrsgeschäft behindert ist. Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche beiderlei Geschlechts. Als „Vertrauensmänner" können ebenfalls weibliche Personen gewählt werden. Für die Wahlen der Arbeitgeber ist das Stimmrecht nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Angestellten abgestuft. Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde oder der Reichsversicherungsanstalt ausgestellte Bescheinigung. Angestellte können eine auf sie fallende Wahl jederzeit auch ohne Angabe von Gründen ablehnen. Die Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten können zu gleicher, aber auch zu verschiedener Zeit stattfinden. Die Vorschlagslisten sind bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltage einzureichen.

Die Bedeutung der Wahl der Vertrauensmänner liegt in der Hauptsache darin, daß diese die Wahlmänner für die anderen oben aufgeführten Vertreterwahlen sind. Fallen die Urwahlen ungünstig im Sinne des sozialpolitischen Fortschritts aus, so ist natürlich von den weiterfolgenden Wahlen kein anderes Ergebnis zu erwarten. Gerade weil das Selbstverwaltungsrecht in der Angestelltenversicherung ein ganz verkümmertes ist, muß bei den Vertreterwahlen um so mehr das Augenmerk darauf gerichtet werden, brauchbare und zuverlässige Vertreter aus der Wahl hervorgehen zu lassen. Der Kampf, den sie um die Interessen der Versicherten führen müssen, ist eben ein besonders harter. Dabei sei noch darauf hingewiesen, daß den „Vertrauensmännern" auch noch sonstige Aufgaben zugewiesen werden können, wie z. B. die Kontrolle der Rentenempfänger, die Vorbereitungen zu den Entscheidungen über Heilverfahrenanträge, die Erteilung von Auskünften an Arbeitgeber und Versicherte usw. Die Reichsversicherungsanstalt hat den Zusammenschluß der Vertrauensmänner zu Ortsausschüssen gefördert, die besondere Obliegenheiten erhalten haben. Es ist deshalb unerläßlich, daß die Vertrauensmännerwahlen von den freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen gut vorbereitet werden und die sozialpolitisch aufgeklärten Angestellten restlos zur Wahl gehen. Dieses Interesse wird auch die unerläßliche Umgestaltung der Angestelltenversicherung im Sinne der Forderungen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) unterstützen.

Friedrich Kleeis.

Volksvorstellung. Am nächsten Sonntag findet eine Volksvorstellung nur für die Bewohner der Vororte statt. Aufgeführt wird das Lustspiel „Pottasch und Perlmutter". Kinder unter 16 Jahren dürfen in das Theater nicht mitgebracht werden. Die Vorstellung beginnt pünktlich. Zuspätkommende werden erst in der nächsten Pause in den Zuschauerraum gelassen.

Der Fremdenverkehr Danzigs. Fremde sind polizeilich gemeldet insgesamt 1402; davon aus Polen 680, Deutschland 376, Litauen 23, Lettland 22, Rußland 19, England 14, Amerika 11, Holland 8, Oesterreich 7, Dänemark 6, Ukraine 5, Tschecho-Slowakei 5, Frankreich 4, Rumänien 4, Schweiz 4, Belgien 3, Italien 3, Memel 3, Norwegen 3, Estland 3, Finnland 2, Schweden 2, Baltikum 1, Chile 1, Griechenland 1.

Aus den Gerichtssälen.

Ein Taschendieb. Der Kaufmann Kasimir Wokatzki aus Wloclawek stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage des Taschendiebstahls. Er stieg in die Straßenbahn nach Langfuhr ein und schien mit andern Personen zusammenzuwirken. Einem andern Kaufmann verschwand aus der Brusttasche eine Brieftasche mit [illegible] Mark Inhalt. Der Bestohlene hatte sich aber die Person bemerkt, die als Täter in Betracht kam und er traf den Angeklagten nach einigen Tagen auf der Straße. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 1 Jahr 5 Monate Gefängnis wegen Diebstahls.

Eine nette Wirtschaft. Ein ausländischer Kaufmann in Danzig war wegen Unterschlagung angeklagt. Er wohnte mit seiner Frau möbliert. Die Frau hatte die Bettwäsche, die der Wirtin gehörte, zu waschen. Sie tat dies aber nicht, sondern ließ sie liegen und als sie auszog nahm sie die schmutzige Wäsche mit. Die Frau ist jetzt im Auslande und so hatte der Mann die Sache zu verantworten. Er konnte das Schöffengericht aber überzeugen, daß er von der ganzen Wirtschaft nichts wußte und sich um die Wäsche gar nicht kümmerte. Der Kaufmann wurde dem Antrage gemäß freigesprochen.

Durchsuchung durch Grenzbeamte. Wegen Beleidigung und versuchter Nötigung hatten sich vor dem Schöffengericht zu verantworten der Besitzer Emil Wohlfahrt, dessen Ehefrau Berta und der Altsitzer Ferdinand Wohlfahrt. Die Grenzbeamten waren zwei Stück Vieh auf der Spur, die heimlich in der Nacht über die Grenze gebracht waren. Sie hatten einen Fleischer im Verdacht, der zwei Rinder geschlachtet hatte. Nach seiner Angabe hatte er die Tiere aber von den Angeklagten gekauft. Deshalb wollten zwei Grenzbeamten hier Nachforschungen abhalten. Sie kamen morgens auf dies Gehöft und wurden hier als Störenfriede betrachtet und recht unliebenswürdig empfangen. Der Besitzer Wohlfahrt wurde so erregt, daß die Beamten von weiteren Nachfragen Abstand nahmen. Wegen Beleidigung wurde Emil Wohlfahrt zu 150 Mark und dessen Ehefrau zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Altsitzer wurde freigesprochen.

Quelle für billige Konfektionswaren. Der Arbeiter F. N. in Neufahrwasser fand mit vielen andern die Preise für Konfektionswaren unerschwinglich. Er arbeitete nun im Freihafen und fand hier in einem Schuppen Vorräte an Wäsche und Kleidungsstücken, von denen er sich einen Teil aneignete. Die Sache blieb aber dem Auge des Gesetzes nicht verborgen und so stand er vor dem Schöffengericht, das ihn wegen Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis verurteilte.

Filmschau.

Das U. T.-Theater gibt seit Dienstag den zweiten Teil des größten Films der Welt „Das indische Grabmal". Der zweite Teil nennt sich „Der Tiger von Eschnapur". Was der erste Teil versprochen hat, hält der zweite Teil in reichem Maße. Der Film führt durch die Wunderwelt Indiens, seine Tempel und Paläste. Die Handlung steigert die Spannung der Zuschauer außerordentlich. Wenn sich hier auch der Liebesroman eines indischen Fürsten abspielt, so sind doch die Naturszenen, die Kämpfe in der Wildnis und im Tigerkäfig meisterhaft gestellt. Die Abkehr von den sentimentalen Liebesfilmen und die Anwendung naturalistischer Darstellungsmethoden tritt bei diesem Film wohltuend in Erscheinung.

Aus der Partei.

Eine Werbewoche im Bezirk Hannover-Braunschweig brachte nach den bisher gemeldeten Ergebnissen eine Zunahme von rund 8000 männlichen und 1000 weiblichen Mitgliedern. Außerdem wurden noch gewonnen 8000 neue Zeitungsleser. Von vielen Ortsvereinen ist eine Meldung bisher nicht eingelaufen. Es wird sich also die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Zeitungsleser noch erheblich erhöhen. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zurzeit die Arbeiterschaft besonders auch in den größeren Orten dieses Bezirks bedrücken und trotz der Hetze, die besonders von den ganz Linksradikalen gegen uns geführt wurde, ist dieser schöne Erfolg errungen. Die Genossen im Bezirk Hannover-Braunschweig dürfen stolz sein auf dies Ergebnis. Möge es auch hier ein Ansporn zu weiterer pflichtgetreuer Arbeit in der Partei sein.

In der Werbewoche des Bezirks Niederrhein veranstaltete die Partei 62 öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Drei Jahre Republik", die in den Unterbezirken Elberfeld, Solingen, Düsseldorf, Essen, Duisburg und dem Bezirk Krefeld stattfanden. Die Versammlungen waren allgemein gut besucht und zeitigten überall agitatorische Erfolge. Die U. S. P. trat in der Diskussion überhaupt nicht mehr in Erscheinung, während hier und da ein Kommunist die bekannten Phrasen drosch, jedoch nirgends Anklang fand. Alle Versammlungen verliefen ungestört, ein Zeichen dafür, daß der Gesundungsprozeß in der Arbeiterbewegung sich in dem bisher sehr stark unabhängig und kommunistisch durchseuchten industriellen Westen zu unseren Gunsten vollzogen hat.

Gewerkschaftliches.

Kommunistische Desperadopolitik. Die Belegschaft der Schokoladen- und Zuckerwarenfirma Hildebrandt und Sohn in Berlin ist seit Freitag von ihrem illegalen, kommunistischen Aktionsausschuß zur Arbeitsverweigerung aufgefordert worden. Differenzen, welche von Rechts wegen durch die Gewerkschaft, den zuständigen Zentralverband der Bäcker und Konditoren, auf dem Verhandlungswege zu erledigen wären, sind die Ursache, daß zwei nichtsorganisierte Arbeiter, welche zur Arbeitsverweigerung aufgefordert hatten, von der Geschäftsleitung der Firma entlassen worden sind. Ohne irgendwelche vorherige Besprechungen mit der Gewerkschaft findet der kommunistische Betriebsrat wohl Polizeibehörden, Gewerbeaufsichtsämter usw., aber die Gewerkschaften sind ihm nach seinen Aeußerungen nebensächlich und ein Dorn im Auge, zum Schaden der Arbeiterschaft der Firma Hildebrandt und Sohn. Die Folge des obigen Vorgehens ist, daß seit Sonnabend früh die ganze Belegschaft der Firma von der Geschäftsleitung als entlassen erklärt wird bzw. ausgesperrt ist. Die Gewerkschaftsvertreter sind bemüht, eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen, um die Weiterbeschäftigung der Belegschaft durchzuführen.

Kommunistenniederlage in Chemnitz. Donnerstag fanden die Vertrauensmännerwahlen für die Verwaltungsstelle Chemnitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, die als die zweitgrößte Verwaltungsstelle Deutschlands über 40000 organisierte Metallarbeiter zählt. Es ist bekannt, daß die Chemnitzer Metallbetriebe einen guten Agitationsherd für die Kommunisten bildeten; sind doch die Brandler, Heckert, Siewert usw. alle aus der Chemnitzer Bewegung hervorgegangen. So war es den Kommunisten tatsächlich vor einem Jahre gelungen, für kurze Zeit die Mehrheit in dem Vertrauensmännerkörper und damit auch in der Ortsverwaltung zu bekommen. Die zwecklose Wirtschaft der Kommunisten und ihr rücksichtsloser Terror in den Generalversammlungen rief unsere Genossen auf den Plan, und die kommunistische Mehrheit wurde gebrochen. In 28 Betrieben wurden die Resultat, bisher gezählt: 483 S.P.D. Vertrauensleute, denen nur 231 K.P.D. Vertreter entgegenstehen.

Aus aller Welt.

Eifersuchtsdrama. Der Berliner Architekt Liske versuchte gestern in seiner Wohnung zu Wilmersdorf seine Ehefrau durch mehrere Revolverschüsse zu töten. Hausbewohner, die durch die Schüsse alarmiert worden waren, versuchten in die Wohnung einzudringen. Liske stellte sich ihnen mit dem Revolver entgegen. Die Ehefrau hatte sich inzwischen auf den Balkon geflüchtet, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Die von Straßenpassanten herbeigerufene Feuerwehr drang mittels einer Leiter über den Balkon in die Wohnung ein. In diesem Augenblick tötete sich Liske durch einen Schuß in die Schläfe. Die schwer verletzte Frau wurde von der Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat dürfte Eifersucht des Ehegatten sein.

Schwindlerbeute. Ein falscher Kriminalbeamter beschlagnahmte im Schnellzug Altona—Holland einen Koffer mit Millionenwerten, der einer Holländerin gehörte.

Wegen Kohlenmangel ist das Saale Elektrizitätswerk in Rudolstadt stillgelegt worden. Das Werk versorgt einen großen Teil der thüringischen Industrie mit Strom. Auch die bedeutendsten [illegible] haben ihren Betrieb wegen Kohlenmangel einstellen müssen. Die meisten Berliner Blätter haben bereits mitgeteilt, daß ihr weiteres Erscheinen sehr in Frage steht.

102 Morde in 10 Monaten. Nach der Berliner Mordstatistik sind im Januar 1921 in Berlin 20 Morde verzeichnet, im Februar 7, im März 11, im April 8, im Mai 6, im Juni 18, im Juli 11, im August 9, im September 11 und im Oktober 6.

Wie die Lebensmittel verteuert werden. Eine Berliner Firma hat einem Kolberger Spediteur 45 Fässer mit ca. 100 Zentnern Schmalz zum Einlagern übergeben. Da angenommen wurde, daß das Schmalz zur Konjunkturausnützung dienen sollte, wurde die ganze Ladung von der Polizei beschlagnahmt.

Ein Greis ermordet. In Berlin ist in einer der letzten Nächte der 75 Jahre alte Kaufmann Gabriel Alexander einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Als der Sohn um 10 Uhr die Tür aufschließen wollte, bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß diese nur eingeklinkt war. Nichts Gutes ahnend, sah er sich in den Zimmern um und fand den Vater tot auf dem Sofa liegend. Der Greis lag in einer Ecke, den Kopf auf den Sofasitz, die Beine über eine Lehne. Der Oberkörper war mit einer Plüschdecke, die auf dem Tische gelegen hatte, zugedeckt. Die Beine waren übereinandergeschlagen und mit einer Schnur zusammengebunden. Auf dem Tische lag die Brieftasche des alten Mannes, die zwar noch alle Papiere, aber kein bares Geld enthielt. Nach den Bekundungen seines Sohnes hatte diese sicher mehrere tausend Mark, wahrscheinlich 10000, enthalten. Das Geld muß der Täter geraubt haben.

„Christliche Liebe" im Pfarrhaus. An dem in Eichwalde bei Berlin belegenen Pfarrhause prangt in großen Lettern die viel verheißende Inschrift: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen!" Schon so mancher ging an dem Pfarrhaus vorüber, las die fromme Inschrift, wurde dann aber aufs unangenehmste berührt, wenn aus dem Hause Lärm drang und Scheltworte hörbar wurden, die mit der Inschrift am Haus in gar zu auffälligem Widerspruch standen. Die Frau Pfarrer setzte sich nämlich in weithin vernehmbarer Weise mit ihren Hausangestellten auseinander. Länger als drei bis vier Monate hielt kein Mädchen bei ihr aus. Das letzte, kaum 15jährig, wußte vor den fortgesetzten Schimpfereien keinen Ausweg, fand auch für ihre seelische Not kein rechtes Verständnis bei den Eltern und sprang deshalb am Sonnabend vormittag aus einem Fenster der zweiten Etage. Die Unglückliche brach das Genick und war sofort tot. Am Schluß dieser Tragödie aber erregte es noch besonderes Aergernis, daß man die Leiche, nur mit Zeitungspapier bedeckt, auf einem Handwagen, der sonst zur Beseitigung des Straßenkehrichts benutzt wird, nach der Halle im Friedhof schaffte. So geschehen mit allen Begleitumständen in einem christlichen Pfarrhaus, dem Hort christlicher Nächstenliebe.

Sport und Körperpflege.

Touristenverein „Die Naturfreunde":

Sonntag, den 11. Dez.: Katzkietal—Viblin. Abfahrt: 7,41 Hauptbahnhof bis Kl.-Katz. (Personalausweis!) Führer: Artus.

Danziger Konfektionshaus · Größte Kleiderfabrik des Ostens

Fernsprecher 400 — Inh. A. Steinhöfel — Fernsprecher 400

Fabrik: Poggenpfuhl 59 am Wiebenplatz
Geschäfte: Töpfergasse 23/24
Altst. Graben 66 b
und
Poggenpfuhl 59.

Zur Deckung Ihres Herbst- und Winterbedarfs empfehle ich meine:

Anzüge, Ulster, Paletots, Joppen, Hosen u. s. w.

zu äußerst billigen Preisen. (5452

Sämtliche Konfektion ist in eigener Fabrik hergestellt und bürgt für beste Verarbeitung.

Mass-Abteilung

zur Anfertigung von erstkl. Damen- u. Herrengarderobe

Gute Stoffe :: Beste Verarbeitung :: Garantie für tadellosen Sitz

Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen und äußerst billig berechnet.

Danziger Nachrichten.

Orgesch in Danzig.

Die polnische Fraktion des Volkstags hat folgende Anfrage eingebracht:

Ist dem Senat bekannt, daß unter der Bezeichnung „Postkompanie" eine bedeutende Anzahl von Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt unter der Leitung eines Sekretärs Engel eine nach militärischem System organisierte Vereinigung resp. Körperschaft bilden, welche, entgegen den Vorschriften des Entwaffnungsgesetzes, mit Maschinengewehren und Gewehren neuester Konstruktion und Munition ausgerüstet und mit Koppel, Patronentaschen und Joppe versehen sind?

Diese „Postkompanie" hielt bis vor kurzem regelmäßige Uebungen ab und stand am 4. August d. Js. in Alarmbereitschaft. Die Mitglieder wurden zu jener Zeit mit Mk. 25 pro Tag der Bereitschaft, sonst für Teilnahme an den Uebungen mit Mark 5 entlohnt.

Wer lieferte an die „Postkompanie" die Waffen? Aus welchen Mitteln wurde diese Anschaffung, sowie jene für Koppel, Patronentaschen und Joppen und Munition gedeckt?

Wer bezahlte die Tagegelder?

Ist dem Senat weiter bekannt, daß während der Bereitschaft am 4. 8. d. Js. Mitglieder dieser „Postkompanie" Drohungen gegen Teile der Bevölkerung der Freien Stadt und Aeußerungen, wie „wir werden den Polen schon den Korridor wegnehmen!" laut werden ließen?

Vorschußzahlung on Beamte und Angestellte.

Vorschußzahlung an Beamte und Angestellte.

Der Senat erläßt folgende Anordnung:

a) Sämtlichen unmittelbaren Staatsbeamten des Freistaates sind die ihnen nach den bisherigen Bestimmungen für das letzte Viertel des Rechnungsjahres 1921 (Januar/März 1922) zustehenden Dienstbezüge schon jetzt zu zahlen.

b) Sämtlichen Angestellten der freistaatlichen Behörden sind die Dienstbezüge für die Monate Dezember 1921, Januar und Februar 1922 nach den bisherigen Bestimmungen einschl. der ab 1. August 1921 erhöhten Ausgleichszuschläge schon jetzt zu zahlen; denjenigen Angestellten, die erst nach dem 1. Oktober d. Js. eingetreten sind, sind die Dienstbezüge für Dezember und die Hälfte der Dienstbezüge für Januar 1922 schon jetzt zu zahlen.

c) Die Zahlungen zu a und b gelten nicht als Vorschüsse auf die zu erhöhende Besoldung, sondern sind bei derjenigen Stelle im Haushalt zu verrechnen, aus der die laufenden Bezüge gezahlt werden.

d) Die einzelnen Beamten und Angestellten auf besonderen Antrag gewährten Vorschüsse sind bei der jetzt erfolgenden Zahlung der Vorschüsse in Abzug zu bringen.

e) Die Zahlung der Vorschüsse an die Angestellten hat allgemein am Sonnabend, den 10. d. Mts. zu erfolgen, an die Beamten allgemein erst am Montag, den 12. d. Mts. und zwar, soweit die Empfänger ein Konto besitzen, im bargeldlosen Verkehr. Die Kassen werden ermächtigt, denjenigen Beamten, die ein Zahlung schon früher wünschen, von sofort Beträge bis zu 2000 Mark bar zu zahlen, die bei der Zahlung am 12. d. Mts. zu verrechnen sind.

Seeleutebeihilfen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Geltendmachung der Anwartschaft auf Seeleutebeihilfe mit dem 31. Dezember 1921 endgültig erlischt. Die Anwartschaft war durch Antrag des Beihilfenberechtigten, oder seiner nach § 588 der Reichsversicherungsordnung unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen, auf vorgedrucktem Formular beim Geschäftsausschuß geltend zu machen. Die Beihilfenanträge mußten bis spätestens 31. Mai 1921 gestellt sein. Später eingehende Anträge können jedoch berücksichtigt werden, wenn die Verzögerung durch höhere Gewalt verursacht wurde. Nach dem 31. Dezember 1921 ist jegliche Geltendmachung der Anwartschaft ausgeschlossen. Die Adresse des Geschäftsausschusses für die Seeleutebeihilfen ist: Hamburg 1, Brandsende Nr. 15/17, Germaniahaus.

Antragsformulare sind noch im Bureau des Transportarbeiterverbandes, Heveliusplatz 1/2, zu haben. Daselbst wird auch weitere Auskunft erteilt.

Gegen weitere Mieterhöhungen. In einer Eingabe an den Volkstag bittet der Mieterverein Danzig-Langfuhr von einer weiteren Mieterhöhung abzusehen, namentlich aber dahin zu wirken, daß für Geschäftsräume nicht so unverhältnismäßig hohe Mietsteigerungen zugelassen werden, da einerseits da durch die Gefahr besteht, daß in großem Umfange Wohnräume in Geschäftsräume umgewandelt werden, andererseits diese hohen Mietsteigerungen auf die Waren aufgeschlagen werden und dadurch zur Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens beitragen.

Der Siedlungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 30. November d. Js. mit der Eingabe beschäftigt. Der Berichterstatter beantragt, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen. Der Ausschuß schloß sich einstimmig dem Antrage an.

„Deutsche in der deutschen Baukunst" hat sich Hochschulprofessor Klöppel als Aufgabe für seinen Vortrag im Deutschen Heimatbund erwählt. Zahlreiche Lichtbilder werden seine Gedanken hierüber am Sonntag abend in der Aula der Oberrealschule erläutern. Wir weisen auf die Anzeige in unserem Blatte hin.

Lehrturnstunde für Frauenturnen. Am Donnerstag fand in der Turnhalle Schidlitz eine Lehrturnstunde für Frauenturnen für den Freistaatbezirk, 12. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, statt, welche sich mit den neuzeitlichen Methoden des Frauenturnens beschäftigte. Die Leitung übernahm der Turngenosse Böhle. Nach dem Kürturnen wurde angetreten und mit Ordnungsübungen die eigentliche Turnstunde eingeleitet. Es folgte dann Geräteturnen und zwar Freiübungs- und Haltungsformen am Gerät. Auch Schrittübungen in Verbindung mit Freiübungen wurden geübt. Am Schluß konnte leider nur eins von den interessanten Turnspielen für Frauen vorgeführt werden.

Eine männliche Leiche bei Einlage geborgen. Die Leiche des beim Schlittschuhlaufen auf der Nogat verunglückten unbekannten jungen Mannes im Alter von etwa 18 Jahren ist geborgen worden. Etwaige Angehörige des Verunglückten wollen sich bei dem Amtsvorsteher Albrecht in Einlage melden.

Ein widerspenstiger Kraftfahrer. Der Kraftfahrer Ewald K. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte kam mit zwei Schutzpolizeibeamten in Streit und beschimpfte sie. Er sollte verhaftet werden und widersetzte sich der Abführung. Der Angeklagte will angetrunken gewesen sein. Das Gericht erkannte auf 1900 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung und Widerstandes.

Diebsgut im Strohschober verwahrt. Der Arbeiter P. S. war in Mönchengrebin bei einem Besitzer in Stellung. Sch. stahl einem anderen Arbeiter zwei Zentner Weizen und 60 Pfund Mehl, die er dann in dem Strohschober seines Arbeitgebers verwahrte. Dieses Versteck wurde aber entdeckt und Sch. verhaftet. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen Diebstahls zu 1½ Jahren Gefängnis.

Bedrohung des Hauswirts. Der Monteur E. Sp. in Neufahrwasser hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Bedrohung zu verantworten. Sein Hauswirt wollte mit ihm verhandeln und dabei erklärte der Angeklagte zu dem Hauswirt: „Sehen Sie sich vor, ich habe eine Pistole in der Tasche und schieße Sie über den Haufen." Dabei machte er eine Bewegung, als wollte er nach der Waffe greifen. Das Gericht verurteilte ihn wegen Bedrohung zu 300 Mark Geldstrafe.

Fehlgeschlagener Einbruch. Die Arbeiter Max Jost, Paul Wandtke und Franz Marrach in Danzig hatten sich vor der Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagten brachen nachts bei einem Gastwirt an der Langen Brücke ein und stahlen hier Wein, Schnaps und Zigarren. Jost und Wandtke holten dann vom Langenmarkt einen Taxameter, der bis zur Heiligen Geistgasse fahren und hier warten mußte. Dann brachten die Diebe die Flaschen an, um sie auf die Droschke zu laden. Polizei hatte die Sache beobachtet. Sie trat im richtigen Augenblick hervor und nahm die Diebe fest. Wandtke und Marrach gaben sich bei der Eintragung ins Gefängnisregister falsche Namen und machten sich dadurch einer Urkundenfälschung schuldig. Das Gericht verurteilte Jost wegen Diebstahls zu 2½ Jahren Zuchthaus, Wandtke wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 2 Jahren 7 Monaten Zuchthaus, Marrach wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus. Außerdem wurde gegen jeden auf 3 Jahre Ehrverlust erkannt.

Hafennachrichten. Eingang: Norw. D. „Cygnus" von London mit Gütern; deutscher Schl. „Resand" von Kahlberg mit Brettlingen; deutscher Schl. „Steffen" von Stettin mit Heringen; deutscher Seel. „Lauenstein" von Stettin mit Heringen; deutscher Seeschl. „Henry Peters" (Rothäfener) von Königsberg nach Stettin leer; deutscher Seel. „August" (Rothäfener) von Königsberg nach Stettin mit Granatfüllen; deutscher Seel. „Hertha" (Rothäfener) von Königsberg nach Stettin mit Eisenschrott; Dampfer „Dora" von Gotenburg mit Zellermehl. — Ausgang: Norw. D. „Dagrun" nach Reval mit Ladung Güter.

Polizeibericht vom 9. Dezember 1921. Festgenommen 23 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Betruges, 1 wegen Konterbande, 2 wegen Beamtenbeleidigung, 2 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegens Bettelns, 1 zur Festnahme aufgegeben, 4 in Polizeihaft. — Obdachlos 2 Personen. — Gefunden: 1 Straßenbahnfahrkarte für Siegfried Kedzia; 1 Eisenbahnfahrkarte für Liselotte Thiel; 1 grauer Handschuh mit Schnalle; 1 brauner Lederhandschuh; 1 Buch „Agnes Miegel, Gedichte", mit Widmung von Adi Honisch; 1 schw. Brieftasche mit deutschen und amerikanischen Geldscheinen nebst Papieren; 1 leere Tasche mit Brille, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 schw. Weste, abzuholen von Heinz Schwermer, Schild 2; Emaillebrosche, abzuholen von Herrn Albert Jeschke, Friedensstieg 9a; 2 Hündinnen, abzuholen von Frau Margarete Klimmeck, Wurstmachergasse 12; 1 junge br. Jagdhündin abzuholen von Herrn Walter Fech, Langgarten 81; 1 junger Schäferhund, abzuholen von Anton Zalubski. — Verloren: 1 br. Geldtasche mit ca. 3000 Mark; 1 hellbr. Portemonnaie mit ca. 60 Mark; 1 br. Muff mit Handschuhen und ca. 150 Mark, abzugeben im Fundbureau des Pol.-Präsid.

Fromme Wünsche der Ohraer Hausbesitzer.

Der Ohraer Hausbesitzerverein protestierte in seiner letzten Sitzung gegen den 1000prozentigen Gemeindezuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer. Es wird eine Abänderung dieses Beschlusses verlangt und die Verteilung des Zuschlages auf die Mieter! Eine Kommission, bestehend aus den Hausbesitzern Schulz, Hoppenrath, Schmidt, Fellau und Pfeifer, wurde gewählt, welche die notwendigen Schritte unternehmen soll. Es wurde auch ein Antrag Schmidt angenommen, nach dem die Mieter die Kosten für Wasser, Treppenbeleuchtung, Schornsteinfegen tragen sollen. In der Sitzung wurde behauptet, daß Ohra besonders billige Mieten habe. Diese Forderungen der Hausbesitzer werden von den Mietern einstimmig abgelehnt werden. Begründet werden die Forderungen hauptsächlich damit, daß die Kosten für Reparaturen gestiegen sind. Wer hat aber etwas davon gemerkt, daß an seiner Wohnung Reparaturen vorgenommen sind? Bisher wurden diese rundweg abgelehnt, trotzdem der 40prozentige Mietaufschlag erfolgte, damit die Wohnungen instandgesetzt werden können. Von einem billigen Wohnen in Ohra kann gar keine Rede sein. Rechnet man zur Miete die monatlichen Fahrgelder hinzu, dann kann man für diese Summe in Danzig bedeutend besser wohnen, als in den „billigen" Ohraer Wohnhöhlen.

Kreistag des Kreises Danziger Höhe.

Am Mittwoch, den 21. Dezember 1921, vormittags, 10 Uhr, findet im Kreishause zu Danzig, ein Kreistag mit folgender Tagesordnung statt: Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung der Kreissparkasse für das Rechnungsjahr 1920. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1920. Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung für den Landrat an Stelle der durch den Kreistagsbeschluß vom 13. August 1921 gewährten Entschädigung. Berichterstattung über das Ergebnis der Feststellungen des durch Kreistagsbeschluß vom 1. Oktober 1921 gebildeten Untersuchungsausschusses. Antrag des Direktors der Ueberlandzentrale Straschin-Prangschin, Henneberger, auf Versetzung in den Ruhestand. Beschlußfassung über die Erhöhung des Strompreistarifes der Ueberlandzentrale Straschin-Prangschin. Erlaß eines zweiten Nachtrages zur Ordnung, betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Kreise Danziger Höhe. Wahl von Schiedsmännern und deren Stellvertretern. Nochmalige Erörterung der Angelegenheit, betreffend die Haftbarmachung eines Beamten, der den Kreis durch Verletzung seiner Amtspflicht geschädigt hat. Erörterung dreier Anfragen des Kreistagsabgeordneten Wyprowski-Kamenstein. Antrag des Kreistagsabgeordneten Sommer-Ohra auf Abänderung der Vorschlagsliste der zu Amtsvorstehern geeigneten Personen. Anerkennung der Bedingungen, unter denen der Bezirksausschuß den Kreistagsbeschluß vom 13. August 1921, betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaues, bestätigt hat. Antrag des Kreistagsabgeordneten Brill-Ohra: Wahl einer Kreiswegekommission. Antrag der Kreistagsabgeordneten Brill, Kemminger und Newoldt-Ohra: Neufestsetzung der Grundsätze, nach denen Kreisbeihilfen zum Gemeindewegebau gewährt werden können.

Der Kreisausschuß scheint beim besten Willen sich nicht an eine kürzere Tagesordnung gewöhnen zu können, trotzdem schon mehrmals im Kreistage darauf hingewiesen wurde, daß, falls genügend Stoff vorhanden ist, ein Kreistag einberufen werden solle. Wer die Tagesordnung durchsieht, wird bestätigen müssen, daß die Tagesordnung für zwei Kreistage Stoff bietet. Oder glaubt der Kreisausschuß, daß er die Tagesordnung wird durchpeitschen können? Dann irrt er. Der dritte Punkt erfordert allein schon eine ausgiebige Aussprache. Der 4. und 5. Punkt ist aus der im vorigen Kreistage von unserem Genossen Brill gestellten Anfrage entstanden und wird eine lebhafte Aussprache und wichtige Beschlüsse erfordern. Ebenso der 6. Punkt, der eine Strompreiserhöhung vorsieht, läßt sich im Handumdrehen nicht erledigen. Ist sie, wie vorgegeben wird, unvermeidlich, dann müssen die Gründe und Ursachen eingehend durchgesprochen werden, um in Zukunft zu ihrer Verminderung Vorsorge zu treffen. Auch der 11. Punkt wird, wie der letzte Kreistag schon zeigte, erörtert werden müssen, weil auf die Vorschlagsliste Personen gekommen sind, die für eine einwandfreie unparteiische Geschäftsführung nicht die Garantie bieten. Der von unserem Gen. Brill gestellte Antrag unter Punkt 13 wird manche interessante Angelegenheit beleuchten und fordert, daß eine Kommission gewählt wird, die in Zukunft manches verhindern soll. Aus alledem kann man heute schon der sicheren Ueberzeugung sein, daß der Kreistag an einem Tage seine Tagesordnung nicht erledigen wird, sondern daß eine zweite Sitzung notwendig ist, um sie erledigen zu können. Dieses liegt aber nicht an dem Kreistag, sondern an den Einberufern, die sich gerne der berechtigten Kritik entziehen wollen und nur das notwendige Uebel, Kreistag, einberufen, wenn es ihnen gefällt.

Kleine Nachrichten.

Im Kellerschacht erstickt. Ein furchtbares Ende bei ihrer gefährlichen Berufsarbeit fanden in Berlin der 62 Jahre alte Rohrleger Wilhelm Jänich und der 37 Jahre alte Helfer Robert Wede. Die beiden Männer hatten an der Gasleitung im Kellerschacht einer Latrinenanlage auf dem Schulgrundstück Dessauerstraße 18 zu tun. Hierbei muß, ohne daß sie es merkten, Gas in einer so großen Menge eingeströmt sein, daß sie in dem engen Schacht das Bewußtsein verloren und hilflos erstickten. Als auf Veranlassung des Schulwartes die Feuerwehr sie heraufholte, waren beide Männer schon tot. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Millionenunterschlagung eines Bankbeamten. Beim Allgemeinen Bankverein für Westdeutschland in Düsseldorf sind von dem Prokuristen Ernst Lindt etwa 10 Millionen Mark unterschlagen worden. Bei seiner Verhaftung wurden noch etwa 5½ Millionen Mark vorgefunden.

Wiedereröffnung des sibirischen Pelzhandels. Die bekannte sibirische Rauchwarenmesse in Irbit, die seit Jahren nicht mehr abgehalten wurde, während früher die Pelzhändler ganz Europas ihren Bedarf dort zu decken pflegten, wird am 21. Januar 1922 wieder eröffnet und soll bis zum 1. März dauern. Außer in Pelzwaren wird auch in Leder- und Galanteriewaren ein großer Umsatz erwartet. — Die russischen Postgebühren für den Auslandsverkehr sind wieder auf das Fünffache erhöht worden und betragen jetzt für eine Postkarte 2000 Rubel, für einen Brief 5000 Rubel, die Einschreibegebühr 5000 Rubel.

Versammlunes-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiterverband.

Sonntag, den 11. Dezember, 9 Uhr vorm., bei Steppuhn, Karthäuser Straße, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz Stettin; 2. Bericht über die am 20. 11. d. Js. beschlossene Lohnforderung und Abstimmung über evtl. Schiedsspruch. 3. Unterstützungs- und Beitragsfrage. 4. Bericht vom 1. Betriebsrätekongreß in Leipzig. Falls bis 9. 12. keine Einladung zugestellt wird, ist dies sofort im Bureau zu melden.

Obleute der Betriebsräte der Metallindustrie!

Bis spätestens Freitag, den 9. Dez., muß jeder Obmann zu einer kurzen Besprechung nach dem Bureau des Metallarbeiterverbandes, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 52, erscheinen

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszl. ,—)	5,90	am Vortage	6,30
Dollar:	190	„ „	206
Engl. Pfund:	720	„ „	855
Franz. Franks:	15,00	„ „	15,60
Gulden	68,00	„ „	75,50

Wasserstandsnachrichten am 9. Dezember 1921.

	7. 12.	8. 12.			
Zawichost	+1,02	+0,99	Montauerspitze	−0,85	−0,88
Warschau	+1,00	+1,00	Pieckel	−0,88	−0,91
Plock	+0,90	+0,—	Dirschau	+0,88	+1,00
	8. 12.	9. 12.	Einlage	+2,10	+2,02
Thorn	+0,89	+0,94	Schiewenhorst	+2,42	+2,30
Fordon	−0,14	−0,12	Schönau O. P.	+6,64	+6,74
Culm	−0,19	−0,81	Galgenberg O. P.	+4,73	+4,78
Graudenz	+0,48	+0,54	Neuhorsterbusch	+2,06	+2,06
Kurzebrack	−0,88	−0,34	Anwachs	+,—	+1,07

Weichsel. Von Kilometer 0 bis 37 Eisstand, bis Kilometer 89 einzelne Schollen, bis Kilometer 100 Eisstand, bis Kilometer 102 in ¾ Strombreite, bis Kilometer 119 Eisstand, bis Kilometer 158,0 eisfrei, bis Kilometer 159,7 Eisstand, bis Kilometer 165,3 eisfrei, bis Kilometer 218 Eisstand, bis zur Mündung eisfrei. — Eisbrechdampfer „Ost" und „Nogat" brechen vor Ort bei Kilometer 218 bis Schönbaum, „Montau" liegt in Einlage, die übrigen in Danzig-Krakau.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: **Rudolf Schaper.**

Freitag, den 9. Dezember, abends 6½ Uhr:

Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspielpreise.

Erstes Doppel-Gastspiel der Kammersängerinnen Ottilie Metzger-Lattermann u. Marcella Roeseler!

Aida

Große Oper in 4 Akten von Guiseppe Verdi.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke.
Musikal. Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Der König . . . . . Richard Ludewigs
Amneris, seine Tochter . . . . . " "
Aida, äthiopische Sklavin . . . . . " "
Radames, Feldherr . . . . . Fritz Stein
Ramphis, Oberpriester . . . . . Dr. Friedr. Schrader
Amonasro, König von Aethiopien und Vater Aidas . . . . . Franz Hahn
Ein Bote . . . . . Walter Mann
Eine Priesterin . . . . . Gertrud Meiling

" " Amneris **Ottilie Metzger-Lattermann** } als Gäste
" " Aida . . **Marcella Roeseler**

Ende 10 Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. **„Das Nachtlager von Granada."** Romantische Oper. Hierauf: **Ballett.**

Sonntag, abends 7 Uhr: Zweites Doppelgastspiel der Kammersängerinnen Ottilie Metzger-Lattermann und Marcella Roeseler. **„Aida".**

Freie Volksbühne

Danziger Festsäle (Werftspeisehaus).

Am Sonnabend, den 10. Dezember, Serie A.

Armut

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Anton Wildgans
Saalöffnung 6¼, Anfang pünktlich 7 Uhr.

Ausgabe der Platznummern erfolgt **nur** gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte am Saaleingang.
Der Beitrag für Dezember muß bezahlt sein.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 9. Dezember,
abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr.

Die Fledermaus

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Sonntag, d. 11. Dezember, 7½ Uhr:
„Pension Schöller"

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Leyser, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5691)

„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Deutscher Heimatbund.

Lichtbildervortrag des Herrn Prof. Klöppel:
Deutsches in der deutschen Baukunst
Sonntag, 11 Dezbr., abds. 8 Uhr, Aula der Oberrealschule, Hansaplatz. Mitgl. 1 Mk., sonst 3 Mk.

Ufa — U.T — Ufa
Licht-Spiele
(5702)

Heute und folgende Tage!

Das indische Grabmal

Zweiter Teil:

Der Tiger von Eschnapur

REGIE JOE MAY

In der Hauptrolle: **Mia May.**

Der zweite Teil des großen May-Filmes macht noch einen weit stärkeren Eindruck als der erste.

Der Film zeigt Bilder, die einfach meisterhaft wirken. So die Szene, in der die Tiger den Gefangenen Mac Allan anspringen. Die Krokodile, die den kühnen Tauchern noch vom Rande des Bootes in die Tiefe zerren. Der Ritt der Aussätzigen. Der Kampf zu beiden Seiten der Schlucht, der mit dem freiwilligen Absturz der Fürstin endet. Und vor allem das grandiose Schlußbild des Riesengrabmals, dessen Stufen die winzigen Menschlein herabsteigen, u. a. m.

Vorführung: 4 — 6 — 8 Uhr.
Sonntag: 3 — 5 — 7 — 9 Uhr.
Vorverkauf bis 11. Dezbr. von 11—1 Uhr vorm.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

2 große Italiener!

Chauffeur 63 . . 57!

Ein prächtiger Abenteurer in 5 Akten, geladen mit ungeheurer Spannung und waghalsigen Sensationen!

Fango, das Schicksal einer Waise!

5766

Tragödie in 5 Akten.
In hochdramatischen Szenen zeigt das Werk die gewissenlose Ausbeutung eines reichen jungen Mädchens durch ihren Vormund und dessen Komplizen.

Flappy hat einen Fimmel!

Lustspiel in 2 Akten.

4 — 6 — 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —
Kein Polizeiverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Empfehle mich den geehrten Herrschaften bei Festlichkeiten, Hochzeitsfeiern, Diners, Jagdessen

zur Bedienung.

Eugen Hein, Lohndiener, Kl. Hosennähergasse 11. (†

Linden-Restaurant u. Café

Altstädt. Graben 93 — Telephon Nr. 2908

Sonnabend, den 10. Dezember 1921, ab 6 Uhr abends

Wohltätigkeitsveranstaltung

zu Gunsten der erblindeten Kriegsteilnehmer Danzigs

Verstärktes Orchester

der internationalen Jazzband-Kapelle mit vielseitigen Soloeinlagen, humoristische Vorträge, Gänse- u. Marzipan-Verwürfelung, Tombola

Ab 11 Uhr: **Ab 11 Uhr:**

Solotänze der anwesenden Gäste!

Eintritt 3.— Mark. Warme Küche bis 4 Uhr früh geöffnet.

Sonntag, den 11 Dezember, ab 4 Uhr nachm. 5740

Verstärkte Jazzband-Kapelle mit humorist. Programm.

Zum Weihnachtsfest

BILDER

gerahmt und ungerahmt

in großer Auswahl

von den einfachsten bis zu den feinsten Kunstblättern

Besichtigung meiner **Ausstellung** ohne Kaufzwang erbeten

Moderne Rahmen achteckige und ovale Formen

Bestellungen auf **Einrahmungen** bitte rechtzeitig aufgeben

W. Zamory, Glasermeister

Fernsprecher 2505 — **Tischlergasse 22**

Winter-Joppen

5697

zweireihig und Sportform in großer Auswahl, prima Lodenstoffe, beste Verarbeitung, von 225 ℳ an.

Leo Czerninski,
Schichaugasse 25, 3.

Eiserner Ofen

zu verkaufen. **Döbelt,** Langf., Ferberweg 21. (†

Nähmaschinen-

reparaturen rasch u. billig

Bernstein u. Comp.
Langgasse 50. (5126)

Suche Höferei mit Wohnung od. and. Gelegenheit, am liebst. Vorort zu kauf. od. pacht. Offert. unt. V. 401 an d. Exped. dies. Zeitung.

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Vorwärts-Bücherei

Mutter	3.—
Verschrobenes Volk	4.50
Der Ausweg	3.—
Der Morgen graut	3.—
Erzgebirgisches Volk	3.—
Das Land der Zukunft	4.50
Die Marketenderin	3
Der Pariser Garten	4.50
Prinzipienreiter	4.50
In den Tod getrieben	4.50
Heiteretei	6.—
Kriegsfahrten	3.—
Nuckel	3.—
Vom Waisenhaus zur Fabrik	3.—
Herzen im Kriege	3.—
Der Gotteslästerer	10.—
Verbrechergeschichten	5.—
Erweckt	10.—

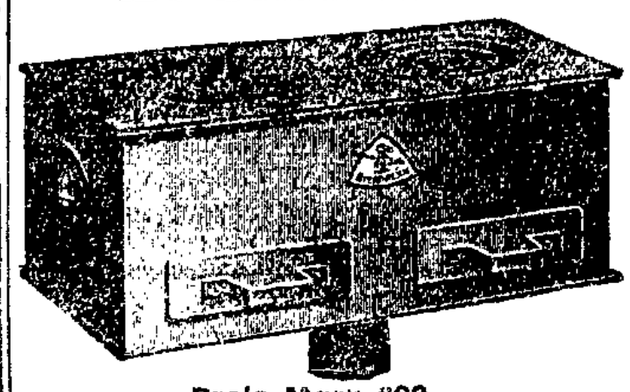
Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Das praktische Weihnachtsgeschenk!

Brennhexe



Preis Mark 200.—

Ein Retter aus Kohlen- und Kochgasnot

100000 im Gebrauch.

80 % Brennstoffersparnis.

Auskunft und Verkauf durch den

Hausfrauenbund Danzig, Berufsorganisation

Geschäftsstelle: Frau **Elfriede Keller,** Kohlenmarkt 14/16, Passage. (5701)

Offeriere

Feinsten Tilsiter Käse

pro Pfund Mk. 15.—
II. Sorte . . Mk. 10.—

Molkerei Friedrich Dohm

Verkaufsstellen:

Haustor 1	Schichaugasse 8
Langgarten 103	Altst. Graben 78
Kass. Markt 1e	Altst. Graben 25
Kohlengasse 5	Pfefferstadt 42
Schild 15	II. Damm 1

Langfuhr, Hauptstraße 119
Schidlitz, Karthäuserstraße 107

(5703)

Die hiesigen

Geschäfte der Textilbranche und die Kaufhäuser

sind an den beiden nächsten Sonntagen

am 11. und 18. Dezember, nachmittags von 1 bis 6 Uhr

geöffnet

Ortsverein der Detaillisten der Textilbranche

(5705)

Stroh- Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei **sorgfältigster** Ausführung in **kürzester Zeit**

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle). (4388)

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Otto Siede Danzig, Neugarten 11, I.

Ausbildung von **Damen** und **Herren** in **Buchführung** und **Kontorarbeiten** (4970)

Auch Unterricht in einzelnen Fächern, sowie Stenographie, Maschinenschreiben und Sprachen. Einzelunterricht. Jeder Eintritt jederzeit. Auskunft u. Lehrplan kostenlos.

Möbel-Verkauf, sehr billig

ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Auch Bureaumöbel.

Otto Eitermann, Möbel- und Polsterwaren-Fabrik,
3. Damm Nr. 2. — Telefon 5623. (4992)